



VEREIN DEUTSCHE SPRACHE E.V. (VDS)

Dr. Dietrich Voslamber

Vorstandsmitglied ▪ Leiter der Arbeitsgruppe **Sprachenpolitik in Europa**

Sebastian-Kneipp-Str. 14a ▪ D-79104 Freiburg ▪ Tel. +49 (0)761 27 49 83 ▪ dietrich.voslamber@versanet.de

Herrn
Dr. Guido Westerwelle
FDP-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

14. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

im Namen des Vereins Deutsche Sprache e.V. beglückwünsche ich Sie zu der Entschlossenheit, mit der Sie kürzlich auf einer Pressekonferenz darauf bestanden haben, die deutsche Sprache zu verwenden. Sie haben das getan, was in anderen Ländern selbstverständlich ist. Die Kritik, die Sie hierzulande aus gewissen Kreisen erfahren haben, kann man nur als abwegig bezeichnen.

Wir sind zuversichtlich, dass Sie auch während der Koalitionsverhandlungen dafür sorgen werden, dass die Förderung der deutschen Sprache in der Europäischen Union ein wichtiger Programmpunkt der künftigen Regierung wird. Im Koalitionsvertrag der vergangenen Regierung stand der Satz „*Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Stellung der deutschen Sprache in Europa ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt wird*“. Wir würden es begrüßen, wenn das Bekenntnis der nächsten Regierung zur Stärkung der deutschen Sprache noch deutlicher ausfiele und einem solchen Bekenntnis dann auch entschlossene Maßnahmen zu dessen Umsetzung folgten. Die Absicht der kommenden Regierung, die Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz anzustreben, könnte solche Maßnahmen wirksam unterstützen.

Derzeit wird die deutsche Sprache in der Europäischen Union in einer nicht hinnehmbaren Weise benachteiligt. Obwohl Deutsch in der Union die weitest verbreitete Muttersprache ist und als Fremdsprache nach Englisch die zweite Stelle einnimmt, kommunizieren die EU-Institutionen mit den Unionsbürgern und mit den Einrichtungen der Mitgliedstaaten vorzugsweise auf Englisch und Französisch. Ein beredtes Beispiel hierfür sind die Internetauftritte der halbjährlich wechselnden Ratspräsidentenschaften, deren Sprachenwahl auch vom Europäischen Parlament missbilligt wurde. Die Parlamentsentschließung P6_TA(2008)0555 vom 20. November 2008, in der die deutsche Sprache explizit erwähnt wird, hätte hochrangigen deutschen Regierungsvertretern als starker diplomatischer Rückhalt dienen können, um bei den Ratspräsidentenschaften dieses Jahres die Berücksichtigung der deutschen Sprache im Internet anzumahnen. Leider hat die vergangene Regierung diese Chance nicht wahrgenommen. Wird die kommende Regierung den sich hier bietenden Handlungsspielraum besser nutzen?

Nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages werden sich noch einmal neue und vermutlich nie wiederkehrende Möglichkeiten ergeben, die Sprachenpraxis der Europäischen Union zu korrigieren. Wir weisen ganz besonders auf den Politikbereich „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) hin, in dem seit langem nur Englisch und Französisch als Arbeitssprachen zugelassen sind. Da die deutsche Regierung anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht im Jahre 1992 jedoch nur „einstweilen“ auf die Verwendung der deutschen Sprache verzichtet hat¹, sollte die Neugestaltung

¹ Amtsblatt Nr. C 191 vom 29. Juli 1992: Erklärung zum Gebrauch der Sprachen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik: „(...) Für den COREU-Verkehr dient die derzeitige Praxis in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit einstweilen als Anhaltspunkt. (...)“

BÜRGER FÜR DIE ERHALTUNG DER SPRACHLICHEN UND KULTURELLEN VIELFALT EUROPAS

Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS), <http://vds-ev.de>, Vorsitzender Prof. Dr. Walter Krämer
Postfach 104 128, D-44041 Dortmund, Tel. 0231 / 79 48 520, Fax 0231 / 79 58 521